

Bezugspreis:

Bestellpreis 30.— M., monatlich 10.— M.,
für im Voraus, bar, zahlbar. Post-
konto: Monatlich 10.— M., zzgl. An-
schlagesgebühr. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 16.50 M.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmal. Zustellung 21.50 M. Post-
gebühren nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Kurland, Schweden
und die Schweiz. — Eingetragenes in
die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochen-
täglich zweimal, Sonntags und Mont-
tags einmal.

Telegraphische Adresse
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 13. August 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Die verzögerte Friedenskonferenz.

Lloyd Georges Mahnung.

London, 12. August. (Reuter.) Lloyd George hat in der Angelegenheit der Verzögerung des Ministerkongresses einen Brief an Kamenev geschrieben. Er spricht darin die Hoffnung aus, daß sofortige Besprechungen wegen der Durchreise der polnischen Delegierten nach Rinsk und über die Entgegennahme polnischer Mitteilungen durch die russischen drahtlosen Stationen erzielt werden. Die ständige Weigerung Moskaus, Mitteilungen aus Warschau entgegenzunehmen, sei einer friedlichen und schnellen Lösung der Krise nicht förderlich.

Kopenhagen, 12. August. Nibaus Bureau erfährt aus hiesiger russischer Quelle (eine höchst unbestimmte Angabe! Red.): Der Vertreter des russischen Kommandos wartete am 9. d. M. vergebens an der russischen Grenze auf die polnische Delegation. Es kam weder eine Delegation noch irgendeine Meldung aus Warschau. Der russische Vertreter wartet andauernd auf das Eintreffen der polnischen Delegation. Bei der polnischen Regierung ist durch drahtloses Telegramm angefragt worden, wann die polnischen Delegierten erwartet werden können.

Der Wrangel-Konflikt.

London, 12. August (Reuter.) Die Note der französischen Regierung an General Wrangel, worin dessen Regierung anerkannt wird, war von Millerand vorbereitet und vom Kabinett gebilligt. Der Berichterstatter des Reuterschen Bureaus hat im französischen Außenministerium erfahren, daß die Zustimmung der englischen Presse, das Personal des Außenministeriums habe die Politik der französischen Regierung durchkreuzt, unbegründet ist.

Die Reuter aus Paris meldet, hat der englische Geschäftsträger Donnerstag eine Note dem Ministerium des Äußeren übergeben. Gegenwärtig sind Besprechungen zwischen beiden Regierungen im Gange über die entstandenen Meinungsverschiedenheiten, die eine Fortsetzung der freundschaftlichen Zusammenarbeit nicht verhindern.

Im Unterhaus führte Maclean aus: Wenn die Pariser Meldung (über die Anerkennung Wrangels) den Beschluß der französischen Regierung widerspricht, dann ist eine neue Lage entstanden, und dann muß Frankreich seinen Weg allein weiter gehen. Maclean fragte sodann, ob es die Absicht der Regierung sei, das Haus nun in die Sommerferien gehen zu lassen. Bonar Law erwiderte: So war es ursprünglich beabsichtigt. Die Regierung hält jedoch jetzt dafür, daß es besser ist, wenn das Haus am Montag wieder zusammentritt. Ich hoffe, daß die Lage bis dahin klarer geworden ist, und daß das Haus dann in die Sommerferien gehen kann.

Der König hat seine Reise nach Schottland angesichts des Grades der politischen Lage aufgeschoben, nachdem Lloyd George bei ihm gewesen war. Der Premierminister wird seine Reise nach der Schweiz wahrscheinlich aufgeben.

Der französische Geschäftsträger in London wurde nach dem Foreign Office (Kuss. Amt) gebeten, wo er eine längere Unterredung mit Lord Curzon hatte. In einigen Tagen soll

eine neue Begegnung zwischen Millerand und Lloyd George

in Boulogne oder in England stattfinden. Lloyd George dürfte am Montag im Unterhaus eine Erklärung über die Streitfrage abgeben.

London, 12. August. (Havas.) Beim Empfang im Stadthaus anlässlich seiner Rundreise durch die verwüsteten Gebiete, sagte der Ministerpräsident: Es bestehen unausbleibliche Differenzen infolge der nationalen Besonderheiten, aber die Einigkeit, die zwischen uns herrscht, wird bleiben.

Die Londoner Blätter erklären im allgemeinen die Pariser Meldung betreffend die Anerkennung des Generals Wrangel für unbegründlich.

Französische Begründung.

Der Pariser „Matin“ schreibt, niemals sei Millerand der Gedanke gekommen, daß einer der Ministerpräsidenten allein Polen einen Rat erteilen oder die Annahme irgendeiner Bedingung empfehlen könnte, ohne den anderen zu befragen. Nachdem die französische Regierung von den Nachrichten aus Warschau Kenntnis genommen habe, sei sie der Ansicht, die polnische Regierung werde energische Anstrengungen machen, und die Tatsache, daß dem (französischen) General Wegand der Oberbefehl angeboten sei, sei ein überzeugendes Symptom dafür. Deshalb habe man geglaubt, nicht das Recht zu haben, Polen zu sagen, die Alliierten gäben ihm den Rat, die Waffen unter unbilligen Bedingungen niederzulegen. Um zum Ausdruck zu bringen, daß Frankreich seiner früheren Verhaltenslinie treu bleibe, habe es den Entschluß gefaßt, die Regierung Wrangels anzuerkennen. Der „Matin“ gibt zu, daß es sich um

eine sehr bedauerliche Meinungsverschiedenheit handle, die zu einem recht lebhaften Meinungsaustrausch zwischen London und Paris führen werde.

Saint Pierre sagt im „Journal“, die Bedingungen Kamenevs würden in Paris für sehr gefährlich gehalten. Praktisch würden sie den

Zusammensturz des gesamten Planes von Versailles nach sich ziehen, zwischen Rußland und Deutschland eine Barriere aufzurichten. Ein entwoffenes Polen würde nur ein Spielzeug zwischen beiden Nachbarmächten sein. (Wir sind keine Macht und Deutschland hat wirklich andere Sorgen, als zu spielen. Nichts wäre uns lieber, als in Frieden auch mit einem friedlichen Polen zu leben. Red.)

„Echo des Paris“ führt aus, zum erstenmal seit dem Friedensschluß trenne sich Frankreich von England

in einer wichtigen Frage, die aber auch eine grundsätzliche Frage sei. Das Blatt hofft, daß es sich hier nur um eine vorübergehende Meinungsverschiedenheit handle, und daß unter dem Druck der Verhältnisse Frankreichs Freund wieder zu ihm zurückkehren werde. Die Sowjets würden schon die Aufgabe übernehmen, ihm zu beweisen, daß England sich getäuscht und Frankreich klar gesehen habe. (Wenn Sowjetrußland das nur bejahten auch erlennt! Red.) Inzwischen müsse man aber am Rhein (!) Wacht halten.

„Humanité“ spricht von einer Provozierung. Es gebe in Paris Leute, die den von den Sowjets vorgeschlagenen Frieden unmöglich machen und

die Polen zugrunde richten wollten. Sie wollten den Krieg, immer den Krieg. Die Anerkennung des Abenteuerers Wrangel habe die Bedeutung, daß Frankreich, das seit zwei Jahren auf allen Schlachtfeldern Rußlands geschlagen worden sei, und das auch diese Woche das Unglück von Sythe erlitten habe, seine Revanche suche.

„Excellior“ veröffentlicht Erklärungen über die Absichten der Regierung Wrangels,

die jedenfalls von Giers stammen, der von Wrangel nach Paris geschickt wurde. Darin wird gesagt, das Hauptziel sei, dem russischen Volk die Möglichkeit zu geben, seinen freien Willen über die anzunehmende Regierungsform zu äußern. Die Gleichheit und die persönliche Unberührbarkeit aller russischen Staatsbürger ohne Unterschied der Abstammung und der Religion sollen sichergestellt werden. Der Grund und Boden solle denen als Eigentum übertragen werden, die ihn bebauen, die Interessen der Arbeiterklassen und der Handwerker gewahrt werden. Die Regierung von Südrußland werde alle internationalen Verpflichtungen, die die ehemaligen Regierungen Rußlands gegenüber auswärtigen Regierungen übernommen hätten, anerkennen. Sie werde ferner die Verpflichtung übernehmen, die Schulden Rußlands zu bezahlen. (Das ist natürlich die Hauptfahse für die französischen Geldgeber Zarentrustlands. Red.)

Exkurriere nach Moskau.

Nach einer Meldung der „Humanité“ aus London haben sich die Mitglieder der russischen Mission, Miljukin und Kotschkin, am Bord eines englischen Torpedoboots nach Neval begeben, von wo sie im Flugzeug nach Moskau weiterreisen. Sie seien Überbringer einer wichtigen Mitteilung von Kamenev an Lenin über die Haltung der Alliierten in der russisch-polnischen Frage.

Litwinoff droht.

Kopenhagen, 12. August. (All.) Litwinoff erklärte einem Pressvertreter gegenüber, wenn ein Krieg zwischen Rußland und einer der Ententemächte ausbräche, so werde dieser Krieg über die Grenzen Europas hinausgehen. Die Meldungen von einem Geheimvertrag zwischen Deutschland und Rußland bezeichnete Litwinoff als unzutreffend. Rußland habe zu der deutschen Regierung ebensowenig Vertrauen als zu den Alliierten.

Der Allensteiner Zwischenfall.

Die drei italienischen Soldaten, die einen Wachtmeister der Sicherheitspolizei angriffen und tödlich verletzten, sind in Haft genommen worden und werden nach der Mitteilung der italienischen Delegation in Allenstein mit der vollen Strenge des Gesetzes bestraft werden.

Der erste Transportzug mit italienischen Besatzungstruppen ist Mittwoch nacht von Allenstein abgegangen. Die Engländer machen vorläufig keinerlei Miene, den Italienern zu folgen.

Seit dem Abziehen der italienischen Besatzung haben in Lud einige junge Leute schwarze Listen aufgestellt, durch die sie die Namen von Mädchen und Frauen verbreiten, die mit den Italienern Verkehr gepflogen haben. Mehrere dieser Mädchen sind beschlagnahmt, zum Teil sogar geschlagen worden. Der Bürgermeister mahnt öffentlich gegen diese Elemente aufs schärfste einzuschreiten. Wenn die Verfälle nicht aufhören, könnten der Stadt noch in der letzten Besatzungszeit empfindliche Nachteile entstehen, die bisher dank dem besonnenen Verhalten der Bevölkerung und der Besatzung vermieden sind.

Wir und die Entwaffnung.

Wie in der linksradikalen ausländischen Presse gearbeitet wird, um die Voreingenommenheit gegen unsere Partei zu vertiefen, mag man aus einem kurzen Bericht des Berliner Berichterstatters der „Humanité“, Genosse Fernand Cauchy über die Haltung der Sozialdemokratischen Partei bei der Beratung des Entwaffnungsgesetzes ersehen, der in den Organ der französischen Partei vom 10. d. M. erschienen ist.

Darin heißt es zuerst, daß die Berliner Regierung das Entwaffnungsabkommen von Spa dahin „interpretiert“ hätte, „als müßte es sich auf die Zivilbevölkerung erstrecken“. Schon dieser Satz zeugt von einer sehr oberflächlichen Kenntnis des Entwaffnungsabkommens von Spa, dessen betreffende Stelle folgendermaßen lautet:

- Unter der Bedingung, daß Deutschland a) b) eine Bekanntmachung veröffentlicht, in der die sofortige Ablieferung aller Waffen gefordert wird, die in den Händen der Zivilbevölkerung sind, und welche im Falle der Zuwiderhandlung wirksame Strafen vorsieht. (Im Falle, daß die Befugnisse, die die Regierung kraft Gesetzes hat, nach dieser Richtung hin ungenügend sein sollten, müssen unverzüglich gesetzgeberische Maßnahmen geschaffen werden, um die Befugnisse der vollenziehenden Gewalt auf diesem Gebiet zu verstärken).

Wir haben keine Veranlassung, die gegenwärtige Regierung in Schutz zu nehmen und das Entwaffnungsgesetz entspricht der weitest nicht unseren Forderungen, aber wir schämen es der Wahrheit, die Dinge richtigzustellen. Es war also keine willkürliche Deutung der Regierung, daß sich die Entwaffnung auf die Zivilbevölkerung erstrecken müsse, sondern es ging aus dem Protokoll von Spa wie auch aus dem ganzen Gang der Verhandlungen ganz deutlich hervor. Es ist uns unfahbar, wie ein Journalist sich heute noch darüber im unklaren befinden kann. Daß die Waffenbesitzer von rechts und von links über eine bloße Bekanntmachung einfach gelacht hätten, wird kein Unbefangener bestreiten können. Ein Gesetz war also leider notwendig, um den französischen Militaristen einen der vielen Vorwände zu nehmen, auf die sie lauern, um ins Ruhrgebiet einzumarschieren. Wir wollen nicht glauben, daß der Berichterstatter der „Humanité“ es der Sozialdemokratischen Partei verübelt, daß sie daran mitgewirkt hat, dieses nationale und wirtschaftliche Unglück von Deutschland abzuwenden.

Nachdem der Berichterstatter dies alles nun sorgfältig verschildert hat, rühmt er die Protestaktion der Unabh. hängigen und Kommunisten gegen das Entwaffnungsgesetz, das ausschließlich gegen die Arbeiterklasse gerichtet sei. Cauchy schreibt: „Großartige Demonstrationen haben in Berlin stattgefunden“.

Es ist bekannt — und auch durch jene radikal-demokratischen Berliner Blätter, die sonst die Unabh. hängigen mit Glacéhandschuhen behandeln — bestätigt worden, daß die Demonstration am Lustgarten ein absolutes Fiasko war. Was aber vielleicht dem Berichterstatter der „Humanité“ nicht bekannt ist, das ist, daß die Reichstagsfraktion der U. S. P. ursprünglich eine sehr verständige Haltung gegenüber dem Gesetz eingenommen hatte und daß ihr Vertreter im Aussch. Dr. Rosenfeld, zuerst nur für Verbesserungen kämpfte — gleich unseren Kommissionsmitgliedern. Erst als von kommunistischer Seite aus die Protestparole ausgegeben und der Demonstrationsdrummel inszeniert worden war, fielen die unabh. hängigen Reichstagsabgeordneten um und hielten im Plenum und im Lustgarten die schärfsten Anklagereden gegen das „Juchhausgesetz“. Dieser Besinnungswechsel wurde übrigens in der „Roten Fahne“ vom 4. und vom 5. d. M. ausführlich geschildert. Das Organ der Kommunisten wußte sogar zu erzählen, daß die Bezirksleitung der U. S. P. eine Demonstration zuerst ausdrücklich abgelehnt hatte und

daß es in der Parteileitung der U. S. P. einen sehr heißen Kampf gekostet hat, um überhaupt durchzusetzen, daß die Demonstration noch in letzter Stunde angefaßt worden ist.

Sodann heißt es in dem Bericht: „Zweifellos ist das Gesetz durch den Reichstag angenommen worden mit Hilfe der mehrheitssozialistischen Stimmen. Letztere rühmen sich dessen, daß sie es haben mildern lassen, indem die Erlasse des Reichskommissars einem Aussch. des Reichstages zur Genehmigung vorgelegt werden müssen, der aus Mitgliedern aller Parteien besteht. Andererseits haben sie „gedroht“, gegen das Gesetz zu stimmen, falls die Regierung auf ihrer Absicht bestände, Freiwilligenkorps zu organisieren, nach dem Muster der Würzburger Studenten, um die Entwaffnung durchzuführen. Auf diese Weise glauben die Mehrheitssozialisten „gehandelt“ zu haben.“

So wird vor den französischen Parteigenossen unsere Partei verhöhrt und verdächtigt, und es wird der Eindruck erweckt, als trage sie die Schuld daran, wenn ein angeblich überflüssiges Gesetz, das sich gegen die Arbeiterklasse richtete, angenommen worden sei.

Wie war es in Wirklichkeit? Wäre für das Entwaffnungsgezet keine Reichstagsmehrheit vorhanden gewesen, dann hätte die Regierung, unter Hinweis auf die Notwendigkeit, das Abkommen von Spa durchzuführen und den Franzosen einmütig abzuwenden, den Belagerungszustand verhängt, um sich auf diese Art die verfassungsmäßigen Möglichkeiten, die Entwaffnung durchzuführen, zu verschaffen. Diese Eventualität war uns auch von Seiten der Mehrheitsparteien angedeutet worden. Dann allerdings wären für und Tor der militäristischen Willkür geöffnet worden. Dies verhindert zu haben, ist in der Tat das Verdienst der sozialdemokratischen Fraktion. Ihr weiteres Verdienst sind die Verbesserungen, die durch unsere Reichstagsvertreter erreicht und die auch von den Führern der U. S. P. Fraktion als solche — wenigstens unter vier Augen — anerkannt worden sind. Das ist der Erfolg unserer positiven Arbeit im Parlament, während, nach dem Unfall der Unabhängigen, die bloße Deklamationspolitik nur zu Ausnahmestimmungen geführt hätte. Darüber können alle einseitigen Darstellungen und ironischen Gänsefüßchen Casus nicht hinwegtäuschen.

Cassio führt seit Monaten in den Spalten der „Humanität“ einen Kleinkrieg gegen uns, den wir, teils aus Raumangel, teils weil die Anwürfe zu unbedeutend oder zu albern sind, um eine Erwiderung zu lohnen, geflissentlich übersehen. Auch glauben wir, daß er innerlich nicht so schlecht über uns denkt, jedoch auf die Stimmung der leitenden Kreise seiner Partei Rücksicht nehmen muß. Wenn wir jedoch heute jenen tendenziösen Bericht über unsere Haltung zum Entwaffnungsgezet ausführlich besprochen haben, so geschieht dies, weil er ein typisches Beispiel für die Art bietet, wie gegen uns im Ausland und speziell in der französischen Partei die Stimmung gegen uns und zugunsten der Unabhängigen und Kommunisten erzeugt und genährt wird.

Die Fälscherzunft.

Noch länger wird sich die Öffentlichkeit beschäftigen müssen mit den Enthaltungen, die über die Spiegelschäfte der verschiedenen kapitalistischen Geheimgesellschaften in den letzten Tagen erfolgt sind. Die „Volkstimme“ in Magdeburg, deren eigene Nachforschungen die ersten Fäden für die weiteren Enthaltungen fanden, ist in der Lage, über die Zusammenhänge der verschiedenen Organisationen Näheres mitzuteilen. Sie stellt fest, daß als gemeinsamer Geschäftsführer der „Deutschen Wirtschaftshilfe“, ihrer kleinen Nebenstellen und der „Internationales Gesellschaft“ ein gewisser Otto Splittköpfer in Berlin tätig ist, und zwar für die „Internationales Gesellschaft“ in der Schellingstraße 2, für die „Wirtschaftshilfe“ in der Prenzlauer Straße 67. In der Zeitung des „Internationales Unternehmens“ sitzen weiter ein Herr v. Gallas, ein Major Berndt und ein Major Hoffmann, alles ehemalige Nachrichtenoffiziere, die auch der antidolchewitschischen Liga nicht unbekannt sind. Ferner, list darin das ehemalige Mitglied des Berliner Volksrates Gerhard alias Dr. W. K. K., der als Postbeamter hervorragende Dienste geleistet hat.

Die „Volkstimme“ ist im Besitze einer Reihe von sehr interessanten Berichten der Wirtschaftshilfe, die sich rühmt, nur rein wirtschaftliche Nachrichten zusammengetragen zu haben. Einer von diesen „rein wirtschaftlichen“ Berichten enthält einen vollkommenen Plan über die Einteilung der angehenden Roten Armee (ohne das Mittelmeer) in Armeegruppen, Unterkommandos usw. Derselbe Bericht ist die Bemerkung angefügt, daß seine Zifferangaben aus dem „Oberkommando der Roten Armee in Halle“ stammten und den Aufstellungen entsprechen seien! Tatsächlich entspricht dieser Plan in seinem Aufbau genau demjenigen, der kürzlich durch die „Magdeburger Zeitung“ veröffentlicht und dadurch zum Anlaß wurde, daß der ganze Spul in die Luft flog.

Die „Volkstimme“ veröffentlicht eine Liste von zunächst 17 Namen, deren Träger diesen Zentralen als Spigel gebildet haben. Außerdem sind auch eine Anzahl jüngerer Arbeiter

für Spiegeltätigkeit erworben worden, um zunächst ganz harmlose Berichte über Versammlungen und von den Arbeitstätten zu liefern. Bei einigen von ihnen ist anzunehmen, daß sie nur aus Unverständnis sich dazu hergegeben haben. Ihre Namen sind von der „Volkstimme“ den Gewerkschaften mitgeteilt worden und werden zunächst nicht veröffentlicht. Dagegen steht fest, daß aus der Redaktion der „Magdeburger Zeitung“ der Wirtschaftshilfe Berichte geliefert wurden, ebenso aus der Redaktion der „deutschnationalen“, „Halberstädter Zeitung“ und „Intelligenzblatt“. Das Reg. das so geleistet worden ist, ist so feindselig, daß es sehr großer Mühe bedarf, allen Fäden nachzugehen. Wir werden in der nächsten Zeit noch wiederholt auf diese Vorgänge zurückgreifen müssen.

Inzwischen läßt das Staatskommissariat für die öffentliche Ordnung durch die Presse erklären, daß die Aufdeckung der Spiegelschäfte auf Veranlassung des Staatskommissars Weismann selbst zurückzuführen sei. Die Durchführung der Berliner Bureau habe er unterlassen, weil sie keinen Erfolg mehr versprach, nachdem die Presse vorsätzlich der Öffentlichkeit von der Entdeckung Kenntnis gegeben habe (?). Demgegenüber wird von zuständiger Stelle aus Magdeburg mitgeteilt, daß die Ermittlung nicht auf Berlin, sondern auf Magdeburger Veranlassung angefallen wurde, nachdem sich das (zunächst von der „Volkstimme“ gesammelte) Material so weit verbreitet hatte, daß das Zugreifen erfolgen mußte, ist der Staatskommissar in Berlin telephonisch von den Vorgängen in Kenntnis gesetzt und darum ersucht worden, Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in den Berliner Bureau auszuführen zu lassen. Nach der Angabe der Magdeburger Stellen sei die Hausdurchsuchung nicht mit Rücksicht auf die Presse abgelehnt worden, sondern es sei erklärt worden, daß es an einer rechtlichen Grundlage für die Hausdurchsuchung fehle. Der Widerspruch zwischen den beiden Angaben liegt auf der Hand. Tatsächlich hat der Sozialdemokrat Oberst in Magdeburg zugegriffen, in Berlin ist die Hausdurchsuchung aber unterblieben.

Lüttwich spricht...

Sein Präventivputsch.

Die „Kreuz-Zeitung“ veröffentlicht einen ihr zugegangenen Brief des Generals v. Lüttwich, der zum größten Teil der nachmaligen Rechtfertigung seines hochverräterischen Unternehmens gilt. Neues wird nicht gesagt, es ist eine unveränderte Zusammenstellung der Argumente, die wir hundertmal jedes einzelne in alledeutschen Blättern gelesen haben. Natürlich bezeichnet es Lüttwich auch als sein Verdienst, daß er „die Maßregeln früher zum Vorkommen gebracht habe“. Die Generale von 1920 sind genau dieselben wie von 1914. Wenn sie anfangen, geschieht das immer nur, damit der andere nicht vorher anfängt. Präventivkrieg, Präventivputsch... Wenn General v. Lüttwich mit seinem Brief beweisen wollte, daß es keine Verdröhnung und Mitterung gibt, deren ein altpreußischer General nicht fähig ist, so war der Brief überflüssig. Das mußten wir längst. Am Schlusse seines Briefes schreibt Lüttwich:

Ich habe mich nach dem 17. März noch etwa 8 Tage um und in Berlin aufgehalten. An maßgebender Stelle war mein Aufenthalt bekannt. (Aber Herr v. Lüttwich war durch einige achtantend Reuters gelaugt, Ab. v. B.) Erst Ende April bin ich ins Ausland gegangen, weil ich mich der zu erwartenden langen Untersuchungsbast nicht aussetzen wollte. Sie hätte mich überfällig und schließlich heruntergebracht, und meine Verteidigung vor dem Richterstuhl würde damit wesentlich beeinträchtigt werden. (Wenn das nun jeder sagen wollte? Ab. v. B.) Wie ich aber meinem Rechtsbeistand wiederholt geschrieben habe, bin ich selbstverständlich bereit, zur Untersuchung zu erscheinen, wenn mir die Gewähr gegeben wird, daß die Gerichtsverhandlung bald im Anschluß daran stattfindet. Ich habe ihn gebeten dies beim Reichsgericht bekanntzugeben.

Herr von Lüttwich ist wirklich allzu gnädig. Wir finden seine Bedingungen noch sehr milde, verlangt er doch nicht

einmal, daß für ihn die Kriegsgesichte wieder eingeführt werden und ihm nach der Gerichtsverhandlung der Rückmarsch über die Grenze freigehalten wird!

„Freiheit“ und Horthy-Boycott.

Vom Genossen Carl Lindow, dem Verfasser des Aufsatzes über den ungarischen Boycott, wird uns geschrieben:

Mein Artikel in der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 11. d. M. machte endlich auch die „Freiheit“ darauf aufmerksam, daß es etwas wie ein Boycott gegen Ungarn bestand. Sie möchte ihr wochenlanges Lottschweigen des Boycotts jetzt durch allerlei törichte Schwägerereien vergessen machen. Berücksichtigene Wahrheiten werden nicht, sagt Jarakustra und die „Freiheit“ vom 12. d. M. ist ein lebendiger Beweis dafür. Ich habe in dem Artikel der Wahrheit die Ehre gegeben, und die Witschuld der deutschen Arbeiter nicht verschwiegen, aber hätte die ganze Presse der U. S. P. nur halb soviel für die Durchführung des Boycotts getan, wie eine Ortsgruppe des Deutschen Transportarbeiterverbandes, so wäre der Ausgang jedenfalls ein anderer gewesen. Wir Gewerkschaftsführer sind gewohnt, nach jeder Niederlage den Ursachen des Mißerfolges nachzugehen, um ihnen beim nächsten Waffengang begegnen zu können. Das halte ich für notwendiger und zweckmäßiger, als lange Totenengelänge anzustimmen und Arbeiter gegen Arbeiter zu hetzen, wie es die „Freiheit“ beliebt, indem sie aus meinem Artikel etwas ganz anderes herausliest, als drin steht. Aber ein Söldner gibt mehr als er hat, und die Herren der „Freiheit“ sind ehrenwerte Männer, das sind sie alle, alle ehrenwert... Im übrigen beschäftigt die „Freiheit“ in einer Zuschrift aus Oesterreich, aus eigenem Weis sie nichts dazu zu sagen, daß Ungarn aus den Nachbarländern (mit Ausnahme von Oesterreich) alles bekam, was es brauchte und daß Oesterreich unter dem Boycott mehr litt als Ungarn.

Die „Freiheit“ macht mir gewisse Aussagen zum Vorwurf, daß ich von dem Abbruch des Boycotts überreicht wurde. Demnach hat sie gewußt, wie es um die Wirksamkeit des Boycotts bestellt war. Aber die „Freiheit“ hat ihr Wissen für sich behalten und entpuppt sich so als Kraft, die eine wirklich bewusste Schuld an der Niederlage des internationalen Proletariats trägt.

Auch Ludendorff neutral.

München, 12. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) General Ludendorff, der kürzlich bei dem Erbprinzen Fugger-Babenhausen unweit Augsburg weilte, sagte einem Vertreter der „München-Kuglburger Abendzeitung“, sein Aufenthalt diene nur der Erholung, der er vor seiner Ueberführung nach München, wo er ein Landhaus gemietet habe, bedürfe. Ludendorff erklärte, er stelle sich auf den Boden, den die Regierung beitreten habe. Um aber den Neutralitätsstandpunkt wirklich wahren zu können, sei Deutschland zu schwach, ohne bewaffnete Macht sei Deutschland nicht als ein Spielball zwischen der Entente und Rußland. Der Bolschewismus werde immer noch falsch beurteilt, auch von der Entente, die sonst eine Verminderung der Reichswehr in diesem Augenblick nicht hätte fordern können. Ein Zusammengehen mit Rußland sei gewiß zu erstreben, ob ein solches aber mit einem bolschewistischen Rußland möglich sei, müsse er bezweifeln.

Diese Äußerungen sind darum bemerkenswert, weil die französischen Imperialisten Ludendorff schon neben Trotzky sehen; übrigens deutete auch der polnische Weltanwurf so was an.

Das Entwaffnungsgezet in Kraft. Das Reichsgezet über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7. August 1920 ist in der Nr. 100 des Reichsgezetblattes vom 11. August 1920 veröffentlicht worden. Das Gezet ist mit dem 11. August in Kraft getreten. Die Direktoren des Reichskommissars befinden sich im Reichsministerium des Innern, am Königsplatz 6. Der Entwurf der Ausführungsbestimmungen zu dem Entwaffnungsgezet ist in Arbeit. Der Entwurf wird in den nächsten Tagen mit den beteiligten Reichsressorts und sodann mit Vertretern der Länder erörtert werden. Er bedarf alsdann der Zustimmung des vom Reichstag gewählten Beirates.

Die Aufgaben einer revolutionären Kunst.

Von Hans Döhr.

Ich lege im Welt. Durch die halbgeschlossene Jalousie dringt Sommerluft in seinen, schwarzen Wellen herein. Auf dem Tisch ein Petroselinum, stellt mit gleichmäßig gelbem Schein die Wände des Zimmers. Große Schatten irgendwelcher Gegenstände auf dem Tisch sind hellam gegen die Decke des Zimmers gedreht. Ich sehe Bilder, dunkle Bücherreihen, vereinzelt ausbleichend einen Goldschmied, sehe alles gleichmäßig erhellt, flach und eben ohne sonderlichen Eindruck. Müde sinken mir die Lider zu. Sieh! Das Sehefeld engt sich. Bücher, Bilder, Wände tauchen ins Dunkel. In das Licht aber kommt Leben. Mächtige Strahlenbündel schießen auf, fucheln freilich umher, töten goldglimmernd bis in mein Gesicht. Werden größer, je mehr ich das Auge schließe.

Ein Vergleich drängt sich mir auf. Naturalismus-Expressionismus. Naturalismus gibt uns die Dinge eingewoben ineinander, wie das offene Auge sie und zeigt. Expressionismus hebt das Ding aus dem Gewebe der anderen hinaus, kristallisiert es zur Wesenheit, zu eigenem, unabhängigen Leben.

Und es quält mich der Gedanke, was diese Kunst geben kann der lebenden Zeit. Zeit des Verfalls ist es, eines noch nie dagewesenen Kulturzusammenbruchs. Zeit der Auferstehung, Aufruf neuen Weltbildes gleichzeitige. Was die neue Kraft schaffen muß, ist das Bild des Zeitalters. Wie keine andere Kunstschichtung jemals ist der Expressionismus dazu geeignet. Den Stempel soll er ausdrücken unserer Zeit, aus der Menge kleiner Epistler etwas Bild des heutigen Menschen fügen. Und wie sieht dieses Bild aus? Verschommen hebt sich das Antlitz des arbeitenden, bitter ringenden Menschen, gebeugt, ein kleiner, unter dem Blick vergangener Epochen, sich gleich fühlend unter Gleichen, tiefinnerlich verbunden im Pulsschlag der Zeit.

Wie äußerlicher Tanz ist und verloren, grau und schwarz sind die Farben der Zukunft. Die Gesichter der Menschen haben sich geändert. Strohende äußere Gesundheit, freubendes Hinzuspringen über mahnende Schlände der Zeit hat sich furchbar geändert. Grau, hager, fieberhaft sind die Gesichter, der Geist in Rästel der Zukunft tief versenkt, weit hinabgelassen das Lat in verborgene Ströme des Zeitbewußtseins. Und über alle Stirnen hin, bleich, gelblich — trübes, ganz, ganz trübes Morgenlicht. — Schenken kann uns auch die Kunst neues Pathos, eingestell wie keine ist sie auf hämmernden Pulsschlag der Revolution.

Eine große Mischtafel haben wir in der russischen Literatur. Diese Literatur hat die Weisheit gehabt, die ungeheuren Glaubensenergie ihres Volkes zum Ausbruch neuer Menschlichkeit zu nutzen. Von jahrtausendalter Last des Dogmas befreit, hebt sie ewige Fadel des Christentums in die Nacht unserer Zeit.

Bedingungslos! Deuten aber vor dieser Kunst, wie ich es häufig treffe, haben wir nicht nötig. Unser Volk ist wohl imstande, ewigen Werten neue Seiten abzugewinnen. Unsere „gebildeten Klassen“, allzusehr belesen vom Fieber alter, morischer Kultur, allzusehr umangelt von Heiligkeit, sind unfähig, neues Auserstehen mitzuerleben. Träger zu sein der neuen Zeit bleibt nur dem „ungebildeten“ Menschen der Arbeit. Unsere „Kultur“ hat sich auf die Formel des Christentums festgelegt. Weisheit ist ihm bis jetzt nur Gohn. Wohl! Vaden wir unsere Kultur bei dieser Bindung, fordern wir sie unaufhörlich, mit unerbittlichem, unaufhörlichem Ernste zur Bezahlung dieses Wechsels auf. Sie wird sich zur Einsehr oder zur Bankrotterklärung entschließen müssen.

Der Berliner Schubert-Chor in Oberklesien. Seit dem 5. August befindet sich der etwa 185 Mann starke Berliner Schubert-Chor in Oberklesien, um hier in verschiedenen Städten Vokal-sängerie zu geben und besonders die Arbeiterschaft für den deutschen Männergesang zu gewinnen.

Das erste Ziel der Konzertreise war Oppeln, wo das Konzert mit ungewöhnlichem Erfolge vor 8500 Menschen aller Gesellschaftsklassen im Formischen Konzertgarten stattfand. Viele Hunderte belamen keinen Einlaß und hörten auf den anliegenden Straßen zu.

Der Schubert-Chor brachte hauptsächlich Volkslieder zum Vortrag, von denen zwei russische Volkslieder in der Bearbeitung des Dirigenten Hermann Scherchen besondere Beachtung fanden. Brausender Beifall lohnte jede Parodie und Reigerte sich zu begeisterten Zurufen, als der Chor am Schluß die „Internationale“ vorgetragen hatte.

Die Darbietungen des Chors sind von vollendeter künstlerischer Reife. In Hermann Scherchen hat der Chor einen eigenmächtigen Dirigenten, dessen souveräner Führung er viel verdankt. Die oberklesischen Blätter sprechen von einem Triumphzug des deutschen Volksliedes durch Oberklesien. Trotz der Wohnungsnot gelang es, in Oppeln den größten Teil der Sängerbrüder in Privatquartieren unterzubringen. Die Berliner waren von dem Aufenthalt in Oppeln außerordentlich befriedigt.

Nicht nur für die Sänger, auch für die Veranstalter der Konzertreise, den deutschen Arbeiterfängerbund, den Allgemeinen Gewerkschaftsbund und den technischen Organisator der Konzerte, Dr. Wilhelm Bown, bedeutet dieses erste Konzert einen wohlverdienten Erfolg.

Zwei neue Lehrfilme. Die Kulturabteilung des Universitätsfilms, die mit besonderem Eifer den Bedürfnis pflegt, hat unter der Leitung von Prof. Lampe, dem Vorsteher der Bildstelle beim Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, zwei neue Filme herbeiführen lassen, die der Presse vorgeführt wurden. Beide sind von besonderer Einart und werden zur Veranschaulichung zweier ganz verschiedener Erfindungen hervorragend beitragen. Der eine Lehrfilm behandelt die Bäreburger Heide, diese in jeder Weise materielle und besonders geartete Landschaft, die auch in der Siedlung und Wirtschaft noch ihren besonderen Charakter

aufweist. Das Auge schweift in schönen Heidebildern; wer sich für die Entstehung des niedersächsischen Bauernhauses interessiert, wird durch Trickbilder überraschend darüber aufgeklärt. Wie die Moore entstehen wird in gut gewählten Lehrbildern vorgeführt. So wird der ganze Umkreis des Heidegebietes mit Band und Reuten vor uns lebendig und gibt nicht bloß flüchtige Unterhaltung, sondern einordnende Kenntnis.

Wider aus der afrikanischen Wildnis führt der andere Film vor, dessen Aufnahmen bereits vor dem Kriege von der Afrika-Reise Robert Schumanns herkommen. (Einzeln Teile daraus wurden bereits gezeigt.) Der große Wildreichum Afrika, besonders in den südlichen Savannen, ist hier ausgenutzt. Aufregende Jagd- und Kampfscenen wechseln mit ruhigeren Szenen, die Lager- und Marschleben vorführen. Der Charakter der Landschaft tritt deutlich hervor. Vor allem aber gewinnen wir Einblick in das Leben der ostafrikanischen Groß- und Kleintierwelt; viele Tiere, die uns vom zoologischen Garten her vertraut sind, können wir hier im freien Naturleben beobachten. Kämpfer, Antilopen, Rehst, Elefanten, Löwen sind einzeln und in Trupps festgehalten. Ganze Schwärme von Pelikanen, Flamingos und Kibiken zeigen den ungeheuren Reichtum an Vögeln. Schade, daß der Film noch nicht die Naturfarbe wiedergibt. Diese auffallenden Vogelwolken mühten unergieblichste Farbentzeile entwickeln. Leider erbligt jede Färbungsprobe mit dem Tier immer mit feinem Abschn. Die Filmaufnahme der Zukunft wird es lernen müssen, und das Tier mehr in seinem Leben, vor allem auch in seinem Gruppenleben, in voller Intimität vorzuführen. Technisch ist man längst dazu fähig, Bilder von einer gleichzeitig unternommenen Rangexpedition Jagende finden auf dem rechten Wege; den Menschen als Kameraden, liebreichend Beobachter und Richter des Tieres zu zeigen und nicht nur als feinen Herrn und Wörber.

Von der Volkshochschule Thüringen. Die Hauptversammlung der Volkshochschule Thüringen fand am 8. August 1920 bei zahlreicher Beteiligung nicht nur aus Thüringen, sondern auch aus Sachsen, Westfalen, Württemberg, Dänemark und Schweden, sowie von den deutschen Stammesverwandten in Polen in Jena statt. Besondere Freude löste die Veranstaltung eines dänischen Volkshochschulleiters aus, der Dänemark sich nicht nur als Vorbild für das deutsche Volkshochschulwesen fühlte, sondern daß die bodenständigen und charakteristischen Art des deutschen Volkshochschulwesens auch umgekehrt starke Anregungen bietet und daß auch für das Thüringer Volkshochschulwesen Dreißigjähriger hald Schüler aus Dänemark in Betracht kommen würden. Eine eingehende Aussprache behandelte namentlich die Frage der Frauenlehrgänge.

Theater. Die Uraufführung der Operette „Die Liebe im Schnee“ in der Komischen Oper findet am 20. August statt.

Wieder über Moden und Frauen, sowie alle Originalmodellpater hat maßlich der Modenmode das Antiquariat V. Meyer, Potsdamer Straße 20, im Schaufenster ausgestellt.

Neuarchivabteilungsgesch. Eine Heilshanne von Toni B. M. 10000 und Karl Waldern, hatte der ihrer aufhebung am 31. Januar 1920 im Schauspielhaus einen herrlichen Vortrags. Das Bild, das der Schwan einmal in neuer Wehen leucht in eine lebenswichtige Saite auf so ungefähr alles, was im Jahre 1910 reif zur Entlee war.

Wir fordern . . .

Das Saargebiet befindet sich im Zustande wideständiger Durcheinander. Die Beamten haben zum Schutz ihrer Rechte die Arbeit eingestellt, der Belagerungszustand ist verhängt, die Eisenbahnen werden mit Gewalt zum Dienste veranlagt, bisher jedoch ohne Erfolg. Mit sehr starker Verpätung gelangt endlich ein Brief in unsere Hände, der bereits am 7. August abgeschickt wurde und uns Nachricht bringen sollte von dem, um welche Dinge die Beamten im Kampfe stehen. Wir legen diese Forderungen in ihrer knappen Fassung, die so viel sagt, hierher, damit sie allen Deutschen bekannt werden:

1. Wir fordern für die Beamten und Arbeiter die Erhaltung aller Rechte und Freiheiten, die am 11. November 1918 in Kraft waren.
2. Wir fordern, daß etwa in Deutschland eintretende Verbesserungen von der Regierungskommission geprüft und im Saargebiet eingeführt werden.
3. Wir fordern, daß die Regierungskommission entsprechend ihrer wiederholten feierlichen Zusicherungen die Beamten und Arbeiter im Saargebiet jederzeit mindestens ebenso gut stellt, wie ihre Berufsgenossen im übrigen Deutschland.
4. Wir fordern, daß die Regierungskommission ihre Versprechen bezüglich der Übernahme und Selbsthaltung der Beamten und Arbeiter hält.
5. Wir fordern die vollkommene Erhaltung der Beamten- und Arbeiterausschüsse, ihren Ausbau und ihre Entwicklung nach den Grundgesetzen, die in Deutschland in Geltung sind.
6. Wir fordern für uns das uneingeschränkte Recht, mit unseren deutschen Großorganisationen in Verbindung zu bleiben und mit den Großorganisationen anderer Länder jederzeit in Verbindung zu treten.
7. Wir fordern, daß die Regierungskommission ihr Versprechen bezüglich der Anstellung von Ausländern im Staatsdienste hält.
8. Wir fordern die uneingeschränkte Einführung des Betriebsrätegesetzes.
9. Wir fordern einen unabhängigen Richterstand, zu dem die ganze Bevölkerung Vertrauen haben kann.
10. Wir fordern die Befreiung der letzten Reste der Militärbefehlsherrschaft.
11. Wir fordern energische Maßnahmen gegen die Wohnungsnot.
12. Wir fordern durchgreifende Maßnahmen zum Abbau der Preise für Lebensmittel und Verbrauchsgüter.
13. Wir fordern ausreichende Belieferung mit billigen Kohlen.
14. Wir fordern die Ausweisung der landstreichenden Wucherer und Schieber und strenge Maßnahmen gegen ihre einzelwirtschaftlichen Genossen.
15. Wir fordern an den Zollgrenzen Erleichterungen für die Einfuhr von Lebensmitteln und Verbrauchsgütern aus Deutschland.
16. Wir fordern die sofortige Bildung einer Volksvertretung auf Grund allgemeiner, gleicher, geheimer und unmittelbarer Wahlen.
17. Wir fordern, daß die Regierungskommission vor dem Zusammentritt dieser Volksvertretung keine Verschlechterungen der am 11. November 1918 in Kraft gewesenen Gesetze und Verordnungen mehr vornimmt.

Unterschiedet sind diese Forderungen von folgenden Organisationen: Beamtenbund des Saargebiets, Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter, Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer, Deutscher Eisenbahner-Verband, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteten, Allgemeiner Eisenbahner-Verband, Fachgewerkschaft der Eisenbahnfahrbeamteten Deutschlands.

Die „Regierungskommission“, die im Auftrag des „Völkerbundes“ den „Saarstaat“ verwaltet, hat den Beamten ein sogenanntes Beamtenstatut aufzuzwingen wollen, das sie recht- und schuldig machen würde. In einem Aufruf, der vor Beginn des Streiks von den gleichen Organisationen veröffentlicht wurde, heißt es:

„Wo die Saarregierung als Arbeitgeber in Frage kommt, da verfolgt sie gleichwohl eine Methode der vollkommenen Unterdrückung der Freiheit und des Rechts.“

Die Regierungskommission ist nach unserer Ansicht verpflichtet, ihr Amt im Namen des Völkerbundes und im Sinne der Völkerrechtslehre auszuüben und nach den Grundgesetzen der Freiheit und Demokratie für das Wohl der gesamten Saarbevölkerung zu sorgen. Diese Aufgaben hat sie sich auch in ihren wiederholten feierlichen Proklamationen an die gesamte Bevölkerung zu eigen gemacht. Was in den Verhandlungen mit den Vertretern der Beamtenchaft zutage getreten ist, läßt alles andere erkennen, nur nicht das eine, daß die Regierungskommission auch wirklich gewillt ist, diese Aufgabe zu erfüllen.

Die Regierungskommission hat ihrerseits die Macht, wir haben auf unserer Seite nichts, als unser gutes Recht . . .

Dementisprechend verweigern die Beamten ihre Arbeitskraft, Sabotage irgendwelcher Art darf jedoch nach dem Willen der Organisation nicht verübt werden.

Zu der vom D. Z. V. verbreiteten und auch im „Vorwärts“ wiedergegebenen Meldung, daß die Weichen aufgerissen und Eisenbahnsignale zerstört wurden, wird uns berichtigend mitgeteilt, daß die Weichen und Signale nach dem Verlassen des Betriebes durch das Personal geschlossen waren. Als nun der erste Schienenzug Paris-Frankfurt durch französisches Personal gefahren wurde, wurden die Weichen durch die Durchfahrt einfach aufgeschritten. Die französische Besatzung läßt inzwischen fort zu versuchen, das Eisenbahnpersonal zum Dienst zu zwingen, indem man ihnen ein in französisch und deutsch abgefaßtes Schriftstück zur Unterschrift vorlegt. Wer nicht unterschreibt, wird verhaftet. Wie man hört, sollen bis jetzt drei Schaffner unterschrieben haben, die den genannten Schienenzug bedienen und fahren helfen.

Der Erfolg des Streiks.

Woods meldet aus Saarbrücken: In der Streiklage hat sich im großen und ganzen nichts geändert. Die Führer der Gewerkschaften haben Verhandlungen zwischen der Regierungskommission und der Haupttreibleitung herbeizuführen. Der Kommandierende General beabsichtigt einen Anschlag, nach dem in Anbetracht der verheerenden Haltung der Bevölkerung des Saargebiets der Verkehr aufgehoben und der Straßenverkehr bis nachts 12 Uhr freigegeben wird. Die Zeitungen können unter Vorzeichen erscheinen.

Der Bund der Bergarbeiter an der Saar hat die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, weil seine Aktion nur als Sympathiestreik gelten sollte. Inzwischen haben zwischen der Haupttreibleitung und der Regierungskommission zu Saarbrücken Verhandlungen stattgefunden, bei denen Präsident Roult allen Beamten das politische Koalitionsrecht zugesprochen hat, nur für für alle deutsche Vereine nicht. Der General-

sekretär der Regierungskommission, Maurice, verspricht, daß alle Unruhmachen, die bisher Arbeiterorganisationen angeführt haben, auch fernerehin in diesen Organisationen verbleiben dürfen unter der Voraussetzung, daß diese Organisationen keine politischen Ziele verfolgen. Die Haupttreibleitung ersieht eine Kundgebung, wonach die Bewegung nicht das geringste mit den Bestrebungen des Heimatsdienstes oder irgendeiner anderen politischen Tendenz gemein hat. „Wir kämpfen einen rein sachlichen Kampf, den Kampf um die Erhaltung unserer freien Volkseinkunft, um unsere wirtschaftlichen, politischen und persönlichen freiherrlichen Rechte!“

Der wegen Spionageverdachts im Auftrage der Saarregierung verhaftete Redakteur Dilmert (S.) aus Saarbrücken ist entkommen.

Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

Aus Berliner Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben: Am Donnerstag fand im Lokal „Jugendjule“, Rosenhofer Straße 26, eine kombinierte Sitzung der Gruppenräte der Afa und der Zentrale in den Zellen statt. Nach eingehender Aussprache wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die Versammlung beschließt: Die Zusammenfassung aller Angehörten und Arbeiterräte in eine freigewerkschaftliche Zentrale ist sofort vorzunehmen.“

Zu diesem Zwecke ist eine sechsstellrige Kommission zu wählen, die alle Vorarbeiten scheinungsgemäß gemeinsam mit den bisherigen Leitungen der Afa und der Zentrale in den Zellen vorzunehmen hat.“

Gewählt wurden aus den Reihen der Angestelltenräte: Wilhelm Bernhardt und Siegmund Lehmann (Metallindustrie), Julius Jacobowitz (Handel). Aus den Reihen der Arbeiterräte: Reinhold Herrmann (Bauarbeiter), Otto Bück (Metallarbeiter), Otto Kammermeier (Städtische G.M.).

Nach erfolgreichem Zusammenschluß löst sich die Zentrale in den Zellen sofort auf.

Die Delegationsarten der Afa und der Zentrale in den Zellen behalten vorläufig ihre Gültigkeit. Die Angestellten- und Arbeiterräte werden aufgefordert, dem Aufruf der Münzstraße zur Erfassung der Betriebsräte nicht Folge zu leisten. Die Ausgabe der Legitimationskarten für die auf dem Boden des A.D.G.M. und der Afa stehenden erfolgt in den nächsten Tagen.

J. A. Hermann, Bernard.

Raub am Elend.

Unter dieser Überschrift schreibt der „New York American“, es sei geradezu eine Schande für Amerika, daß das vollständig gebrochene und halb verhungerte deutsche Volk im Laufe des Jahres 500 Millionen Dollar in Gold zahlen müsse, um eine amerikanische Armee auf deutschem Boden zu unterhalten. Es wäre schon eine Gemeinheit von Amerika gewesen, von den Deutschen 500 Millionen zu verlangen, um sie in der eigenen Tasche verschwinden zu lassen. Aber diese ungeheure Summe abstrahlend zu vergewenden und die Deutschen zu lassen, sei eine kaltherzige Grausamkeit. Es sei ein neurotischer Wahn, über einen Bund des ewigen Friedens zu reden und ein hilfloses, hungerndes Volk zu berauben, indem man ihm eine Armee aufzwingt, die paradiere, Geld ausbeutet und nichts tut.

Was aber bedeuten die paar amerikanischen Divisionen, die sich überdies anständig benehmen, gegen die Verwandlung des französischen besetzten Gebiets in ein Riesenzoo für die Ausbildung aller möglichen Spezialeinheiten, mit einer ungeheuren Besatzung größtenteils fortdauer Kulturträger, mit Hebergriffen und Provokationen ohne Zahl . . .

Amerikanerregsz.

Montabaur, 12. August. In einer Beschlusse der Arbeiter der Glasfabrik Birges im Westerwald wurden am 24. April betrunkene amerikanische Soldaten, die in das Festlokal eingedrungen und die Frauen belästigten, herausgeworfen und draußen verprügelt. Der Justizvorstand des Glasarbeiterverbandes, Koopmann, wurde daraufhin verhaftet und vom amerikanischen Kriegsgericht zu sechs Monaten Zwangshaft und 6000 M. Geldstrafe verurteilt. Der frühere Minister Dr. Koester bemühte sich vergeblich, die Haftentlassung des Koopmann zu bewirken.

2. oder 3. Internationale?

Paris, 12. August. (W.Z.) Die Sozialistische Partei Frankreichs wird sich demnächst über den Verzicht Cadin und Proffards aufgeben. Die Sozialistische Partei Frankreichs zur Anerkennung der 3. Internationale zu veranlassen. „La Vie socialiste“ (dem neuen Wochenblatt der Renaudel-Gruppe) veröffentlicht einen energischen Protest einer Anzahl Sozialisten, und zwar nicht der unbedeutendsten, gegen die Haltung Cadin und Proffards. Zu den Unterzeichnern gehören Gasly, Doucort, Pariboleau, Turis, Baronne, Bedouce, Constant, Prebost und Renaudel sowie mehrere Bürgermeister größerer Gemeinden wie Toulon und Cette. Die Unterzeichner werfen Cadin und Proffard vor, durch tendenziöse Telegramme versucht zu haben, die französische Partei zum Anschluß an die 3. Internationale zu bewegen, d. h. zur Anerkennung von Brinswien, die in den drei Hauptpunkten der Demokratie, der Syndikatsorganisation und der nationalen Verteidigung eine Verneinung derjenigen Prinzipien seien, die die französischen Sozialisten bisher anerkannt hätten und denen die Unterzeichner treu bleiben wollten. Der 3. Internationale beizutreten, heißt von der Partei den wichtigsten Teil abtrennen.

Die Räumung Valonas.

Milano, 12. August. (Z. U.) Der „Ecoquo“ erklärt aus Brindisi, daß die Räumung Valonas durch die italienischen Truppen rasch vor sich gehe. Sie beginnt mit dem Ausräumen der Depots. Das Kriegsmaterial in Valona soll verkauft werden. Die letzten italienischen Soldaten sollen am 17. August die Stadt verlassen.

Streik im Vatikan!

Rom, 12. August. (W.Z.) Laut „Corriere della Sera“ sind die Angestellten des Vatikan zwecks Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage in den Streik getreten. Die Angestellten der vatikanischen Ämter haben beschlossen, nur einen Teil der Arbeiten bis zur Bewilligung ihrer Forderungen zu verrichten.

In einer Polemik hatte das Vatikanblatt „L'Espresso Romano“ lehnt geschrieben, wer dem Papst diene, brauche keine Demonstration. Aber der Vatikan stehe gegenüber seinen Angestellten auf dem Standpunkt zu stehen: „Du sollst nicht Söhne sammeln auf Erden!“

Der deutsch-österreichische Drahtverkahrstreik ist beendet. Am Freitag berät der Reichsrat über die letzten drei Notbeschlüsse, die bereits angenommen, darunter die nach einmaliger Weisung von 900 Kronen.

Wirtschaft

Die Arbeiten der Sozialisierungskommission.

Über den Stand der Arbeiten der Sozialisierungskommission wird folgender halbjährlicher Bericht verbreitet:

Die Kommission hat unmittelbar nach ihrer internen 18. April 1920 erfolgten Neubesetzung mit ihren Arbeiten begonnen. Sie hat sich durch Hinzutritt von fünfzehn Mitgliedern auf dreizehnmännig Mitglieder ergänzt. Sie besteht zurzeit aus den Herren: Prof. Dr. Karl Ballod-Berlin, Friedrich Waltrusch, Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, Berlin, Oberpräsident a. D. v. Hajo St. Wiedau i. Ostpr., Dr. Adolf Braun, M. d. R., Berlin, Adolf Cohen, Arbeitsgemeinschaft Berlin, Dr. Rudolf Dillinger, Berlin, Otto Hüß, M. d. R., Essen a. d. Ruhr, Rittenberg, Heinrich Kaufmann, Grünau-Berlin, Karl Rautsch, Charlottenburg, Direktor Hans Krämer, Berlin, Dr. Robert Kuchynski, Berlin, Prof. Dr. Emil Federer, Heidelberg, Prof. Dr. Hugo Lindemann, Köln a. Rh., Dr. Karl Reichert, Hamburg, Franz Reustedt, Gewerksverein Friedrich-Dünder, Berlin, Dr. Walter Rathenau, Berlin, Karl Friedrich v. Siemens, M. d. R., Berlin, Prof. Dr. Joseph Schumpeter, Wien, Paul Umbreit, Berlin, Dr. Theodor Vogelstein, Berlin, Prof. Dr. Alfred Weber, Heidelberg, Georg Werner, Bund der technischen Angestellten und Beamten, Berlin, Rudolf Wiffell, M. d. R., Berlin.

Mit den sachlichen Arbeiten hat die Kommission sofort begonnen und hat in Unterausschüssen und Plenum in den verflochtenen drei Monaten 22mal getagt.

Die zunächst in Angriff genommene Erörterung der Kohlenfrage ist abgeschlossen. Der sachliche Bericht darüber wird im Laufe des August der Regierung mitgeteilt und dann sofort der Öffentlichkeit übergeben werden. (Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin.)

Die Beratungen über die Zementwirtschaft gehen ihrem Abschluß entgegen, die über die Kaliwirtschaft stehen vor ihrem Beginn.

Die Arbeiten über die Sozialisierung durch Übernahme einzelner Wirtschaftszweige seitens der Gemeinden (Kommunalisierung) waren Mitte Juli abgeschlossen. Die inzwischen gefaßten Beschlüsse des Städtetages haben eine Wiederannahme der Beratungen über einzelne Punkte nötig gemacht. Der abschließende Bericht, der mit als Unterlage für das in Aussicht stehende Gesetz dienen soll, wird nannmehr im September erscheinen.

Die weiteren Arbeiten der Sozialisierungskommission sollen insbesondere auch der Eisenwirtschaft, dem Wohnungswesen, sowie der besseren gemeinwirtschaftlichen Ausgestaltung der bereits durch Verstaatlichung dem Privatkapital entzogenen Betriebszweige (Reichseisenbahn, Reichspost) gewidmet sein.

In der letzten Sitzung des Reichstages am 5. August 1920 hat der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns im Auftrage der Reichsregierung eine Erklärung zu der Frage der Sozialisierung abgegeben, die um ihrer grundsätzlichen Bedeutung willen hier im Wortlaut mitgeteilt wird:

Der Reichswirtschaftsrat hat bereits in seiner Sitzung vom 24. Juli sich einmütig für die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft ausgesprochen. Die Kohlenwirtschaft nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu ordnen ist unter gleichzeitiger Heranziehung der Bergarbeiter und Angestellten zu mitterverantwortlichen Trägern dieser Wirtschaft. Ich bin nun ermächtigt zu erklären, daß die Reichsregierung ebenfalls auf dem Boden dieses Beschlusses steht. Sie hat den Herrn Reichswirtschaftsminister beauftragt, unverzüglich die Weiterverfolgung der Angelegenheit zu betreiben, sobald der im Laufe dieses Monats zu erwartende Bericht der Sozialisierungskommission vorliegt. Art und Form der Sozialisierung werden sich aus der Notwendigkeit ergeben, die deutsche Kohlenwirtschaft in der Richtung größter Produktionssteigerung und Wirtschaftlichkeit zu entwickeln. Mit der Herbeiführung dieses Wirtschaftszweiges befindet sich die Reichsregierung ebenfalls in völliger Übereinstimmung mit dem Beschlusse des Reichswirtschaftsrats vom 24. Juli.

Gegen die Freigabe des Brotgetreides.

Der P. A. R. wird von zuständiger Stelle gefachelt: Seit einigen Wochen wird durch Zeitungsnotizen versucht, unter unrichtiger Verwendung von Zahlen Stimmung gegen die öffentliche Vermarktung des Brotgetreides zu machen. Dabei wird insbesondere der Aufschlag, den die Reichsbrotbäckerei dem Inlandspreis zum Ausgleich für die teuren Auslandseinfuhren hinzusetzt, den Kosten der Zwangswirtschaft hinzugerechnet. Dies ist unrichtig. Ohne die Zwangswirtschaft würden die Getreide- und Mehlpreise weit höher sein, als sie jetzt sind, denn der Inlandsgetreidepreis würde bei der Unerschwinglichkeit der Getreideeinfuhr sich dem Auslandspreis nähern, wenn nicht gleichkommen. Diese Verteuerung würde sich nicht, wie vielfach angenommen wird, nur auf die Zuschußgebiete, die großen Städte usw. beschränken, sondern würde sich auf das ganze Reichsgebiet erstrecken. Nur durch die Zwangswirtschaft und die damit verbundene Kontrolle der Einfuhr ist es möglich, zugleich mit großen Zuschüssen des Reiches den Getreide- und Mehlpriest unter dem Auslandspreis zu halten. An der Zwangswirtschaft haben also nicht nur die Zuschußgebiete, sondern auch die Heberbüchse das größte Interesse. Im neuen Wirtschaftsjahr wird der Aufschlag größtenteils von der Inlandsgetreidepreisbildung aufgegeben; die Kosten der Einfuhr sind nur in ganz geringem Umfange berücksichtigt. Die Aufkosten der Reichsbrotbäckerei, d. h. die Kosten für die Zwangswirtschaft selbst werden im neuen Wirtschaftsjahr durch Werke Einschränkung des Betriebes, der durch den Abbau bedingt ist, weiter wesentlich vermindert werden und etwa 200 M. für den Doppelzentner Getreide betragen. Die Reichsbrotbäckerei hofft, auch diesen Satz in Zukunft noch erheblich vermindern zu können.

Bei dieser Gelegenheit möge noch erwähnt werden, daß eine Erhöhung des Weispreises nicht in Aussicht steht.

Reinath gegen den Lohnabbau. Der einer Parlamentarischen Kommission entnommene Bericht über die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat in unrichtiger Weise genutzte Vorwand, daß die Rede des Abg. Reinath so dar, als ob dieser Abgeordnete sich für den Lohnabbau ausgesprochen hätte. Herr Reinath tritt uns hieran klarstellen, daß er ausdrücklich betont hat, eine Herabsetzung der Löhne und Gehälter könne annehmbar sein, wenn die Lebenshaltung nicht in Frage kommen; daher müsse eine Senkung der Warenpreise durch Verminderung der relativen Belastung der Industrieerzeugnisse erzielt werden, also durch Verbesserung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse, durch Steigerung der Leistung und Verminderung der unproduktiven Ausgaben.

Krise in der belgischen Leinwandindustrie. Eine ähnliche Krise wie in der belgischen Baumwollindustrie beginnt nannmehr auch in der Leinwandindustrie Platz zu greifen. Verfallende Rohstoffe haben ihre Arbeitszeit beträchtlich verringert und man befürchtet, daß weitere zu gleichen Maßnahmen gezwungen werden. In Gent zählt man bereits eine Menge von Arbeitslosen.

Gewerkschaftsbewegung

Schiedspruch für die Binnenschifffahrt.

Am 28. Juli d. J. ist im Reichsarbeitsministerium ein Schiedspruch über die Entlohnung des Binnenschifffahrtspersonals gefällt worden. Diesen Schiedspruch haben die Arbeitnehmer nunmehr angenommen, ebenso die Arbeitgeber für die Gruppen „Elbe, Lübeck und Oder“; dagegen haben die in der Gruppe „Nördliche Wasserstraßen“ vereinigten Arbeitgeber erklärt, sie nähmen den Schiedspruch nicht an. Sie seien durch den Wettbewerb der Eisenbahn und die ungünstige wirtschaftliche Gesamtlage so schwer in Mitleidenschaft gezogen, daß ihnen die Bewilligung von Zuschlägen zu den Löhnen nicht möglich sei. Eine Erhöhung der Löhne würde sie zu einer weitgehenden Entlassung von Schiffsmannschaften zwingen.

Dieser Einwand als Grund für die Ablehnung des Schiedspruches ist schon deshalb nicht stichhaltig, weil die Arbeitgeber für die Gruppen „Elbe, Lübeck und Oder“ mit den gleichen ungünstigen Faktoren zu rechnen haben.

Zum Streik in der Dresdener Metallindustrie

erhalten wir von der Verwaltungsstelle Dresden des Deutschen Metallarbeiterverbandes folgende Zuschrift:

„Die in der Nr. 898 des „Vorwärts“ aus der „Frankfurter Zeitung“ wiedergegebene Notiz, daß in Dresden eine Anzahl Betriebe streiken, da die Liebernahme des Steuerabzuges von den Betriebsleitern verweigert wurde, ist irreführend. Nur in einem Betriebe, und zwar in den „Elektromotoren-Werken“ Heidenau, stehen 198 Betriebskräfte im Streik. Die Arbeiter dieses Betriebes hatten nachsichende Forderung der Betriebsleitung unterbreitet, welche abgelehnt wurde:

1. Eine zehnprozentige Lohnzulage auf Stundenlohn und Akkord.
 2. Restlose Bezahlung der Steuern ab 25. Juni 1920 von Seiten der Firma.
 3. Rückzahlung der bis jetzt von der Arbeiterschaft gezahlten Steuern als Prämie.
 4. Eine Prämie von 500 M. pro Kopf der Belegschaft.
- Diese Forderung ist von der Belegschaft aufgestellt worden, ohne daß die Organisationen zugezogen wurden, wie auch der Streik ohne Genehmigung oder Bewilligung seitens der Organisationen erklärt worden ist.

Das Organisationsverhältnis im Betriebe ist folgendes: 90 Mitglieder der Arbeiter-Union, 20 Syndikalisten, 40 Metallarbeiterverband, 48, welche sich auf Fabrik-, Bau-, Holzarbeiterverband, Tisch-, Dandelsche, Heizer und Maschinenisten verteilen.

Der Streik wird von keiner Organisation geführt, wie auch die Arbeiter dieses Betriebes es bisher abgelehnt haben, zu ihren Versammlungen oder sonstigen Aktionen Vertreter der Organisationen hinzuzuziehen.

Der Schiedspruch für die Eisermöbel- und Drahtmattensfabrikanten.

Der Oberpräsident als Demobilisationskommissar für Groß-Berlin läßt der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Ortskartell Groß-Berlin, nachsichende Verbindlichkeits-Erklärung zugehen:

Schiedspruch vom 12. Mai 1920.

Der Antragsteller zahlt seinen Angestellten auf Grund des Schiedspruches vom 13. Dezember 1919 die Lohnsätze nach dem Tarif für die Angestellten der Berliner Metallindustrie.

Auch die vom Verband Berliner Metallindustrieller gewährten Teuerungszulagen sind vom Antragsteller für die Monate Februar und April in voller Höhe anerkannt. Bezüglich des Monats März weigert er Zahlung der in diesem Monat erhöhten Teuerungszulagen. Diese Weigerung ist jedoch nicht gerechtfertigt. Wenn der Antragsteller die Berechtigung der Teuerungszulagen an sich anerkennt, so sind sie auch in der vom Verband Berliner Metallindustrieller als angemessen zu erachteten Höhe für ihn verbindlich. Unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Angestellten erschien die Erhöhung der bisher gewährten Teuerungszulage im Monat März auch geboten und offenbar der Billigkeit entsprechend.

Es war daher wie gesehen zu erkennen.

Zum Tarifvertrag der Versicherungsaussenbeamten

teilt uns der Zentralverband der Angestellten folgendes mit: In unserem Bericht ist durch eine erfolgte unglückliche Kürzung die Darstellung entstanden, als seien die dort erwähnten vier Punkte Zugeständnisse der Unternehmer, während sie in Wirklichkeit gerade umgekehrt Bedingungen darstellen, unter denen die Versicherungsunternehmen alles auf die Festsetzung eines Mindesteinkommens der Akquisiteure glauben umgehen zu können. Irrigerweise ist auch in dem Bericht von einem Abzug der Spesen die Rede, statt von der Nichtberücksichtigung bei Anrechnung der Provisionen usw. auf das Mindesteinkommen.

Wir möchten hierzu bemerken, daß der Bericht von vornherein die nötige Klarheit vermissen ließ.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am heutigen Freitag, 13. August. Nachgruppe 3a (Küchenbündelstellen): Deftentliche Versammlung, abends 5 Uhr, in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Kochstraße 13. — Nachgruppe 14 o (Werkzeugmaschinenbau und Schmelzerei): Mitgliederversammlung, abends 7 Uhr, im Gesellschaftshaus am Hofischen Markt, Rosenbaler Str. 20. — Nachgruppe 16 o (Buchdruckerei- und Buchbindergewerbe): Mitgliederversammlung im Verbandsbüro, Belle-Alliance-Str. 7/10. — Victoria-Einnehmer: Abends 7 1/2 Uhr bei Bille, Seebastianstr. 20.

Deutscher Transportarbeiterverband. Reichsbetriebe und Verwaltungsbehörden: Heute Freitag, den 13. August, abends 7 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelauer 14/15: Kollisionsanmeldung. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen vom 31. Juli und 2. August. Vollzähliges Erscheinen erweisen die Brancheneleitungen.

Berichtszeitung.

Das gestohlene Kind.

Ein besonders frecher Diebstahl, durch den eine besorgte Mutter in große Aufregung versetzt worden ist, beschäftigt gestern die 7. Strafkammer des Landgerichts L. Wegen Diebstahls, Kindesaussetzung bzw. Beihilfe war die Frau Lina Damm und die noch nicht 18jährige Anna Weise angeklagt. Die in der Stromstraße wohnende Frau Ding hatte eines Tages ihr in einem Kinderwagen vor ihrem Hause ruhendes 7 Monate altes Kind auf kurze Zeit der Aufsicht eines ihr bekannten achtjährigen Mädchens anvertraut. Als sie nach dem Kinde wieder sehen wollte, war der Kinderwagen mit samt dem Kinde verschwunden. Das Mädchen erzählte der ermittelten Mutter weinend, daß zwei weibliche Personen an den Wagen getreten seien, sie bei Seite gestoßen hätten und dann den Wagen gefaßt und in aller Eile sich mit ihm entfernt hätten. Durch die in den Zeitungen über diesen sonderbaren Fall erschienene Notiz gelang es, die beiden Angeklagten als die Täter zu ermitteln. Die Angeklagte Damm hatte in der Brunnenstraße das Kind aus dem Wagen genommen, ihm einen Keks in den Mund gegeben und es dann in einem dortigen Hause, in dem ein lebhafter Verkehr stattfand, vor einer Tür

niedergelegt. Der Wagen mit den Ketten ist dann für 80 M. verkauft worden. Das Kind wurde bald darauf von einem Hausbesitzer vorgefunden und nach dem Waisenhause gebracht. Von dort ist es der Mutter wieder zugeführt worden, ohne daß es glücklicher Weise gesundheitlichen Schäden erlitten hat.

Da die Tatsache, daß es sich um ein von vielen Parteien bewohntes Haus handelt und dem Kinde auch etwas Nahrung und ein Kissen als Unterlage mitgegeben war, das Laibständmerkmale der „Hilfslosigkeit“ ausschloß, so erkannte das Gericht wegen der Kindesaussetzung auf Freisprechung. Im übrigen erachtete das Gericht den begangenen Diebstahl für besonders feindlich und verabscheuenswürdig. Die Angeklagte Damm, die auch noch mehrere kleine Diebstähle ausgeführt hat, wurde zu 2 Jahren Gefängnis, die Weise wegen Beihilfe zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Jugendveranstaltungen.

Seite 1/2 8 Uhr:

Vorkriegswald: Jugendheim Gemeindefchule Reichstraße. Vortrag: Ein russisches Grenzabenteuer. — **Gesundbrunnen:** Jugendheim 208. Gemeindefchule, Jugendzimmer, Rogatzstraße 53. Mädchenabend. — **Pichtenberg:** Jugendheim Parkstr. 10. Vortrag: Sport und Arbeiterjugend. — **Waldhöfchen:** Jugendheim Gemeindefchule, Walderseestraße, Mädchenabend. — **Neutal:** Jugendheim Rogatzstraße 53. Vortrag: Darwinismus. — **Niederhöfchen:** Jugendheim 1. Gemeindefchule, Plantenburger Straße 69/70. Mädchenabend. — **Nordosten:** Jugendheim Aula der Realschule Vorkriegswald. Vortrag: Heinrich Heine. — **Peterburger Viertel:** Jugendheim Strahmannstr. 20. Diskussionsabend. — **Süden:** Jugendheim Jugendzimmer der Gemeindefchule Bismarckstr. 10. Diskussionsabend: Jugendkämpferforderungen. — **Treptow-Baumhulsenweg:** Jugendheim Eisenstr. 3. Vortrag: Das Erzieherprogramm.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: S. Lepère-Bernsdorf; für Anzeigen: Dr. G. G. Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Ullrichstr. 2. Preis 1 Blatt.

Qualität ...

Wie der Continental-Pneumatik seinen Weltruf durch seine Qualität begründete, genau so werden Continental-Absätze in einer Gummimischung hergestellt, die als die denkbar vollkommene erprobt wurde. Verlangen Sie daher bei Ihrem Schuhmacher

Continental Absätze

So gut wie Continental-Reifen.

Wie vor dem Kriege

stellen wir wieder unser „Urbini“ aus **Terpentinöl** und erstklassigen **Edelwachsen** her und bringen diese ganz hervorragende Qualität unter der Bezeichnung

Urbini- Terpentinölware

in Dosen mit Banderole
in den Handel.



Diese Friadens-Qualität ist in allen Geschäften zu haben. Fabrik: Urban u. Lemm, Charlottenburg.

Zur Einsegnung

Blaue Chev.-Anzüge früher 390—500
sehr haltbar, in Größe 11—44
jetzt M. **290—375**

Blaue Kammg.-Anz. früher 500—620
aus außergewöhnlich festem Stoff,
in Größe 10—44. jetzt M. **355—420**

Blaue Chev.-Anzüge früher 550—660
prima Ware, sehr gute Verarbeitung,
in Größe 10—44. jetzt M. **375—440**

Farbige Anzüge früher 350—445
einfarbig und kariert, Größe
11—42. jetzt M. **240—330**

Farb. Chev.-Anzüge früher 425—510
in vielen Farbenstellungen,
in Größe 11—44. jetzt M. **315—400**

Farbige Anzüge früher 550—950
in ausgezeichneten Qualitäten, in
Größe 11—44. jetzt M. **435—650**

Hüte, Krawatten, Servietten, Hirschen, Hosenträger, Socken sehr billig

Nur eine Verkaufsstelle **Baer-Sohn** **Keine Filialen mehr**
Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

Möbelfabrik Robert Seelisch

3 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee
Berlin O 112, Rigaer Straße 71-73 a

Gegründet 1876. Versand nach allen Plätzen Deutschl.
empfehlen **gute Möbel-Einrichtungen** zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Ganz besonders große Auswahl in **Schlaf-, Speise-, Wohn- und Herrenzimmern** jedem Geschmack entsprechend.
154 Musterräume
Lagerräume: 6696 □ Met. groß.

Beachtung ohne Kaufzwang gestattet

Gegründet 1890



Lampions Riesenauswahl billig!
Stockinternen — Lichte dazu Sommer- u. Volksfestartikel, Mützen, Scherz- u. Verlesungsart., Spielwaren, reichhalt. Sortimente f. Garten, Land u. Wasser.

Bengal-Feuer Wiederverkäufer billige Preise. Lagerbesuch sehr lobnend! Versand nach auswärts sofort!

Scherzartikel-Fabrik A. Maas & Co. Berlin 35, Markgrafenstr. 84, an der Lindenstr. Gr. illust. Liste

3 seltene Bücher F. E. Bilz III. Aufl.
die jedem große Freude und Nutzen bringen werden.
Naturstaat, Reformvorschl. zur ungesunden G. 1.50, geb. 10.
Tote leben! mit 24 Geisterphotographien. Fr. 7.50 W., geb. 10.50.
Mit 78 Jahren noch jung und kerngesund. Preis 1.50.
Für jede Haushaltung unentbehrlich. Bilz Verlag, Leipzig.

R. Landsberger

Friedrichstraße 108

Vornehme Herrenkleidung

Wir liefern in unserer bekannten erstklassigen Ausführung nach Maß, aus guten Stoffen und Zutaten

Anzüge n. Maß M. 980.-, 1150.-, 1250.-
Paletots nach Maß M. 900.-, 1100.-

R. Landsberger, Friedrichstr. 108 gegenüb. d. Karist.

Lötzinn bis 12 Mark per Kilo
Zinn bis 30 Mark per Kilo
Blei taucht

Zinnerschmelze Cassiner
Schulzenbäcker Str. 13.
Tel.: Norden 8634.
Einschl. 1102.

Kauf nur norm. 9-12 Uhr.

• Kaufe Gebisse •
nach einzelne Zähne
Platin-Gold-Silber- } Bruch
Zahle höchste Tagespreise!
Metallkontor Herstein,
Blumenstr. 87. Königs. 870



Münzstr. 24
Erste Etage

BERLOWITZ

Münzstr. 24
Erste Etage

Kinderstiefel 27/30 64.- 31/34 79.-

Groß-Berlin

Bedenken über die künftige Fleischversorgung Berlins.

Besprechung der Viehhändler und Fleischermeister. Der Beschluß des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages, die Fleischorte demnächst aufzuheben und die Kundenliste bestehen zu lassen, ist auch von der Berliner Bevölkerung mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen worden.

Mit der Frage, wie die Fleischversorgung Groß-Berlins nach Aufhebung der Fleischorte am zweckmäßigsten zu regeln wäre, beschäftigte sich gestern eine Konferenz von Vertretern der Viehhändler, Kommissionäre und Fleischermeister, an der für die letzteren die Vorsitzenden der Wirtschaftsgenossenschaften der einzelnen Groß-Berliner Schlächtereinrichtungen und Vertreter der verschiedenen Gemeinden teilnahmen.

Die Besprechung hatte nur informativ Charakter; der Berliner Magistrat und auch die übrigen Gemeinden wollten sich zunächst über die Ansichten der Vertreter des Fleischergewerbes unterrichten.

Die Besprechungen über die Neuregelung der Polizeistunde, die gestern im Reichswirtschaftsministerium stattfanden und an denen Vertreter des Reichsministeriums des Innern, des Landwirtschaftlichen Amts, des Reichsrohstoffrats und des Polizeipräsidenten teilnahmen, wurden nach mehrstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen.

Bahnhof Köllnische Heide.

Am Montag, den 16. d. Mts. wird, wie bereits kurz mitgeteilt, an der Bahnstrecke Kölln - Baumshäuserweg eine neue Vorortstation, Köllnische Heide, als Bahnhof 4. Klasse eröffnet.

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Naf geht zum Schmied, und Eieus setzt sich wieder. Mit Katrine spricht er das Notwendigste, aber nicht mehr, er unterhält sich lieber mit dem Vater. Kein, Eieus macht sich nichts aus den Mädchen, er ist einmal von ihnen schlecht behandelt worden, und jetzt will er nichts mehr von ihnen.

Katrine ist daran gewöhnt, mit den Vätern zu scherzen, und nun zieht sie ihn auf, er wolle wohl wieder gen Süden zu seiner Liebsten? — „Ich habe andere Dinge im Kopf“, erwidert Eieus. „Ich will Geschäfte machen, Verbindungen anknüpfen.“

alle diejenigen Fälle halten, die vom Sähring (Griedenau-Wilmersdorf bzw. Hermannstraße) nach und von Grünau verkehren. In der Hauptsache handelt es sich hierbei um solche Fälle, die ausschließlich dem Berufsverkehr dienen, also in der Zeit zwischen 6 und 9 Uhr vormittags und 2 und 4 Uhr nachmittags gefahren werden.

Ein Gefangener, der sich selbst entläßt. Durch gefälschte Entlassungspapiere hat es ein früherer Vizewachmeister verstanden, selbst seine Freilassung aus der Militär-Arrestanstalt zu „herbeifügen“.

Allgemeine Funktionärkonferenz der S. P. D.

heute abend 6 Uhr, im „Lehrervereinshaus“, Alexanderstr. 41. Tagesordnung: „Kriegsgefahr und Neutralität“. Ref.: Genosse Richard Fischer.

Alle Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute, Angestellten und Beamtenvertreter werden aufgefordert, vollzählig anwesend zu sein. Grüne Karten und Mitgliedsbuch gelten als Legitimation.

Arrestanstalt untergebracht worden war, auch bald Gebrauch machte. Er füllte einen Entlassungsschein aus, auf dem angeordnet wurde, daß der frühere Vizewachmeister Müller vorläufig auf freien Fuß zu setzen sei, gab diesen einem zur Entlassung kommenden Mitgefangenen mit, der ihn in einem Umschlag an die Gefängnisdirektion in den Briefkasten steckte.

Keine Gefahr für die Ferienkinder in Ostpreußen. Nach den beim Jugendpflegeamt der Stadt Berlin vorliegenden Nachrichten sind die in den ostpreussischen Grenzbezirken auf dem Lande zur Erholung gebrachten Kinder außerhalb jeder Gefahr.

Der Weg zur Siedlung. Vielfach ist heute die Anschauung verbreitet, daß das mit großen Erwartungen begonnene Siedlungswesen infolge der heute maßlos gestiegenen Baukosten zum Scheitern verurteilt sei. Doch es heute sehr wohl noch möglich ist, ohne übermäßige eigene Selbstopfer, selbst in nächster Nähe der Großstadt, ja sogar ohne Staatszuschüsse, ein eigenes Haus zu errichten.

Kaufmann ein Glas Toddy trinken? — Und Eieus antwortet: „Ja, wenn ich allein wäre! Aber ich habe meinen Vater bei mir.“ — Brede tut ganz beglückt und plaudert weiter: „Übermorgen kommt ein Mann herbei, der wieder nach Amerika zurück will.“

Sie gingen in den Gang hinaus und betrachteten den Koffer. Ein wahres Weltwunder, glänzte auf allen Seiten von Metall und Beschlägen, mit drei Schnappschloßern dran, noch außer dem eigentlichen Schloß.

Sie gingen wieder ins Zimmer hinein, aber Eieus war still geworden. Dieser Mann aus dem Oberdorf machte ihn völlig zuniäht, der trat auf Reisen wie der größte Beamte auf. Brede war augenscheinlich ganz von diesem Menschen erfüllt.

Zuschüsse die Mittel des Ansiedlers. Er entschloß sich daher zur Selbsthilfe. Der Ansiedler hat mit seiner Familie alles, was nur irgend möglich war, selbst ausgeführt, und es ist ihm auf diese Weise gelungen, das Wohnhaus für eine Gesamtsumme von noch nicht 16 500 M. auszuführen.

Jugendweiche Nichtenberg und östliche Vororte. Unsere Jugendweiche findet diesmal am 28. September in der Aula des Realgymnasiums Barkau 10 statt. Zur Mitwirkung wurde gewonnen: das Berliner Solistertett, sowie das Leßring-Quartett.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Charlottenburg. Die Zulassungsmittellisten für stehende Mütter werden jetzt unmittelbar von den Säuglingsfürsorgestellen ausgedruckt, die die Stillbestimmung ausgeben.

Rauoldorf. 100 Gramm Kaiserlich pro Person zum Preise von 55 Pfg. auf Abschnitt 18 der Lebensmittelkarte. 5 Pfund Kartoffeln pro Person zum Preise von 50 Pfg. pro Pfund.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 13. August:

Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.) Ortsgruppe Dfken. 7 1/2 Uhr, bei Vortr. Komitener Str. 21: Vortrag über Wien und Ziele der Jungsozialisten und die Aufgaben der kommenden Generation.

Morgen, 14. August:

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer. Sonnabend, 5 Uhr: Sitzung im Zimmer 245 des Stadthauses. Griedenau. Sommerfest im „Restaurant Bahnhöfen“ in Dablen.

Sonntagsveranstaltungen.

Die Genossen der 2.-8. Abt. veranstalten am Sonntag, 15. August, ein Parteivergnügen in der früheren Bodbrauerei. Da alles aufgegeben wurde, das Fest so bunt wie möglich zu gestalten, wird um allseitige rege Beteiligung gebeten.

Sport.

Optimist, der Sieger im Preis der Stadt Hannover, hat bislang 290 000 M. auf der Rennbahn verdient. — Der Hindernisjockey Walter Müller wird künftig für Stall Volkmendorf reiten. — In Mariendorf wird ein neues Totalisatorgebäude aufgeführt.

Kadrennen in Dreptom. Das Dauerrennen um den „Großen Preise-Preis“ war das Rennen nur eines Fahrers: Appellans. Alle seine Konkurrenten hatten unter wiederholten Rückschlägen zu leiden.

Ergebnisse: „Großer Preise-Preis“, 50 Kilometer: 1. Appellans 45 Min. 43 Sek., 2. Thomas 3070, 3. Weis 4250, 4. Lewanow 7140 Meter zurück. — Preis der Kadmeitl, 1000 Meter: 1. Ostermeier 1 Min. 31 Sek., 2. Häusler, 3. Tabernak, 4. Abraham, 5. Stolz.

broch die Unterhaltung mit Brede ab und ging in den Schuppen hinaus zu dem Pferd. Dort machte er den Brief auf, den er in der Tasche hatte. Er hatte ihn nur eingesteckt und nicht nachgesehen, wieviel Geld er enthielt, er hatte solche Briefe von Hause schon öfters erhalten, und es waren immer verschiedene Geldscheine darin gewesen, eine Poststeuer zu der Reise.

Die Mutter schrie, sie habe den Vater nicht mehr um Geld bitten können, denn es sei jetzt von dem Reichtum, den sie seinerzeit für den Kupferberg bekommen hätten, nicht mehr viel übrig. Das Geld sei für den Ankauf von Storborg und seither für alle die Waren und für die vielen Reisen draufgegangen.

Der Vater kam vom Schmied zurück mit wohlgeglungener Beförderung: Jenkine wollte morgen mit ihm kommen. Seht, Jenkine war durchaus nicht querköpfig gewesen und hatte sich nicht lange bitten lassen, sie hatte sofort begriffen, daß man auf Sellanraa eine Hilfe für die Sommerarbeit brauche, und hatte nichts dagegen, wieder zu kommen.

Während der Vater erzählt, denkt Eieus über seine eigenen Angelegenheiten nach. Er zeigt dem Vater den Koffer des Amerikaners und sagt: „Ich wäre froh, wenn ich da stünde, wo dieser Koffer hergekommen ist!“ — Und der Vater erwidert: „Ja, das wäre noch nicht das Schlimmste...“

von dem einen Gedanken kam er auf den andern, er

